Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Stadt und Umgegend 20 Pfennige, auswärtige Anzeigen 25 Pfennige, Reklamezeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 40 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 186 — Mittwoch, den 10. August 1932 — 27. Jahrgang

Heute Terror-Notverordnung

Nach langem Zögern endlich Entschlüsse bevorstehend

Papen kündigt schärfste Maßnahmen gegen den Terror an

Berlin, 8. Aug. Der Reichskanzler hat sich nach seiner Rückkehr sogleich von den zuständigen Stellen der Reichsregierung und des preußischen Staatsministeriums Vortrag über die in den letzten Tagen vorgekommenen Terrorakte halten lassen. Er hat daraufhin sämtliche Reichsminister zu einer Ministerbesprechung am Dienstagvormittag nach Berlin berufen. Der Reichskanzler ist der Auffassung, daß den gegenwärtigen Zuständen unter brutaler Anwendung aller Machtmittel des Staates ein sofortiges Ende gesetzt werden muß.

Berlin, 8. August. Nach den Referentenbesprechungen, die heute mittag im Reichsministerium des Innern stattgefunden haben, wird sich am Dienstag nun auch das Reichskabinett mit den Maßnahmen beschäftigen, die gegen den politischen Terror ergriffen werden sollen. Damit ist also für heute abend nicht mehr mit der Veröffentlichung zu rechnen. In einigen Berliner Abendblättern werden die beabsichtigten Maßnahmen so dargestellt, als sei nur eine einfache Verordnung, nicht aber eine Notverordnung auf Grund des Artikels 48 zu erwarten. Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, ist aber nach dem augenblicklichen Stand der Beratung die Möglichkeit oder gar Wahrscheinlichkeit gegeben, daß beide Wege gegangen werden, und zwar ist geplant, im Wege einer Notverordnung Strafverschärfungen zu erlassen und außerdem durch eine einfache Verordnung die Sondergerichte einzusetzen. Hierzu ist die Ermächtigung bereits durch die Notverordnung vom Oktober 1930 gegeben, sodaß der Reichspräsident mit dieser Maßnahme erst gar nicht bemüht zu werden braucht. Wann die Reichsregierung ihre Maßnahmen bekannt geben wird, läßt sich noch nicht sagen, zumal der genaue Termin der morgigen Kabinettssitzung noch nicht festgelegt ist. Es wäre möglich, daß die Verordnung über die Sondergerichte bereits morgen nachmittag oder abends herauskommt. Ebenso denkbar ist aber auch, daß beides aus technischen Gründen am Mittwoch gemeinsam veröffentlicht wird, wenn der Reichspräsident wieder in Berlin eingetroffen ist und die Notverordnung unterzeichnet hat. Im übrigen hängt natürlich alles von der morgigen Kabinettssitzung und dem Vortrag des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten ab.

Berlin, 8. Aug. Wie wir erfahren, hat sich Reichskanzler von Papen nach seinem Eintreffen in Berlin heute vormittag sogleich über die Terrorakte unterrichten lassen, die sich während seines Urlaubs ereignet haben. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß nun noch heute die Notverordnung gegen politische Ausschreitungen erscheinen wird, die das Kabinett grundsätzlich bereits in der vorigen Woche beschlossen hat. Eine neue Kabinettssitzung ist für die Inkraftsetzung der Notverordnung nicht erforderlich. Vielmehr handelt es sich im wesentlichen nur darum, daß dem Reichsjustizminister die vom Kabinett beschlossene Ermächtigung zur Einsetzung von Schnellgerichten gegeben wird. Das dürfte der hauptsächliche Inhalt der neuen Notverordnung sein.

Für den morgigen Dienstag oder für spätestens Mittwoch erwartet man in politischen Kreisen den Beginn der Besprechungen über die Klärung der innerpolitischen Verhältnisse, wie sie sich aus den Reichstagswahlen ergeben haben. Diese Besprechungen sind offenbar bereits eingeleitet, und zwar vor allem durch eine Fühlungnahme zwischen Adolf Hitler und den Reichswehrminister von Schleicher. In Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, wird grundsätzlich der Standpunkt vertreten, daß die Notwendigkeit eines betonten Präsidialkabinetts durch den Wahlausfall bestätigt worden ist, daß aber auf der anderen Seite eine Beteiligung von Vertretern der Partei geboten erscheint, die aus den Wahlen als die stärkste hervorgegangen ist. Damit sind die beiden Hauptgesichtspunkte gekennzeichnet, unter denen die Verhandlungen dieser Woche geführt werden.

Besonders interessiert man sich in diesem Zusammenhang in politischen Kreisen natürlich auch für die Haltung, die das Zentrum einnehmen wird. Vorläufig ist die Haltung der Zentrumspartei aber weiter abwartend. Das einzige, was nach außen sichtbar geschehen ist, ist die Aufstellung der Kölner Richtlinien. Die maßgebenden Männer des Zentrums sind noch nicht in Berlin. Der Parteiführer, Prälat Kaas, weilt in Norditalien, und Dr. Brüning ist ebenfalls auf Urlaub. In einem Berliner Montagsblatt wird angekündigt, daß Prälat Kaas noch in diesem Monat von der Parteileitung zurücktreten und daß dann der Parteiausschuß Dr. Brüning zum Parteiführer wählen werde. Richtig ist daran, daß Prälat Kaas in der Tat leidend ist und daß man in unterrichteten Kreisen deshalb schon seit einiger Zeit mit der Uebernahme seines Amtes durch Dr. Brüning rechnet. Diesen Wechsel kann aber nicht der Parteiausschuß vornehmen, sondern nur der Parteitag selbst. Der letzte Parteitag des Zentrums hat vor zwei Jahren stattgefunden. Bisher ist über seine nächste Einberufung auch in sonst gut unterrichteten Zentrumskreisen nichts bekannt. Im allgemeinen hat man den Eindruck, daß das Zentrum zunächst die kommenden Verhandlungen über die Regierungsumbildung abwarten und sich dann entscheiden wird, ob es im Reichstage eine Politik der Tolerierung von Fall zu Fall durchführt.

Sondergerichte für Teile des Reiches

Berlin, 9. Aug. **Die angekündigte Sitzung des Reichskabinetts, in der die Maßnahmen gegen die Terrorakte beschlossen werden, hat heute mittag begonnen. Die Veröffentlichung der in der Notverordnung vorgesehenen Maßnahmen wird heute abend erfolgen und die Reichsregierung wird also nicht erst die Rückkehr des Reichspräsidenten von Neudeck abwarten, sondern es wird dem Reichspräsidenten telephonisch Vortrag gehalten werden. Wie verlautet, werden durch die Notverordnung Sondergerichte für Berlin, Ostpreußen, Schlesien, Brandenburg und Schleswig-Holstein eingesetzt werden. In politischen Kreisen verlautet weiter, daß die Todesstrafe für besondere Fälle des Hochverrats, der Brandstiftung, der Herbeiführung von Explosionen und Ueberschwemmungen, der Beschädigung von Eisenbahnen und für bestimmte schwere Fälle von Ausschreitungen eingeführt werden soll. Auch die Freiheitsstrafen sollen eine Verschärfung erfahren. Die Pläne über die Umbildung des Kabinetts sind bisher nicht über den Grad inoffizieller Gespräche hinausgekommen und werden erst nach der Rückkehr Hindenburgs in ein akutes Stadium gelangen.**

Schleicher erklärt erneut:

Deutschland braucht Sicherheit!

Berlin, 8. August. Die „Neuyork Times" veröffentlichen den Inhalt einer Unterredung, die der Chef ihres Nachrichtendienstes, Birchall, in Berlin mit Reichswehrminister v. Schleicher hatte. Dabei versicherte der Minister zunächst, erneut, daß er jede Militärdiktatur ablehne. Daß in Deutschland Parteiorganisationen entstanden seien, die sich gegenseitig gewaltsam bekämpften, sei nur dadurch möglich geworden, daß die Autorität des Staates durch den Versailler Vertrag untergraben wurde. Wir werden erst dann, so erklärte Schleicher, in Deutschland wieder vollständig stabile Verhältnisse haben, wir werden erst dann die Parteien und ihre Organisationen wieder vollständig dem Staate unterwerfen können, wenn die deutsche Regierung beweisen kann, daß sie die gleiche Berechtigung besitzt wie die jedes anderen Staates. Die deutsche Regierung ist entschlossen, diese Frage in der nächsten Zeit zu lösen.

Die Abrüstungsfrage stehe im Mittelpunkt der Außenpolitik. Die Abrüstungskonferenz habe sechs Monate lang getagt und dann eine Entschließung gefaßt, die weder Abrüstung bringe, noch die Gleichberechtigung anerkenne. In den Verhandlungen der technischen Ausschüsse hätten alle schönen Grundsätze ihr Grab gefunden. Deutschlands selbstverständliche Forderung nach Gleichberechtigung sei nicht berücksichtigt worden.

Deutschland habe daher die Entschließung abgelehnt, und es werde seine Vertreter nicht wieder nach Genf schicken, bevor nicht die Frage der Gleichberechtigung im deutschen Sinne gelöst werde. In dieser Frage gebe es bei uns keinen Unterschied der Parteien. Keine deutsche Regierung werde eine Abrüstungskonvention unterzeichnen können, die Deutschland nicht in allen Dingen dieselben Rechte gebe wie allen anderen Staaten. Wenn man heute U-Boote, Bombenflugzeuge, schwere Geschütze und Tanks als Verteidigungsmittel bezeichne: mit welchem Rechte wolle man sie Deutschland vorenthalten? Wenn Polen, sagt Schleicher, seine Landesgrenzen befestigen kann, mit welcher Begründung will man dann Deutschland diesen Schutz verbieten?

Daß Deutschland als einzige Großmacht nicht in der Lage ist, für seine nationale Sicherheit zu sorgen, ist ein unmoralischer und entwürdigender Zustand, den wir nicht länger dulden können. Entweder müssen die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages auf alle Mächte angewandt werden, oder man muß Deutschland das Recht zubilligen, sein Wehrsystem so umzubauen, daß es seine nationale Sicherheit gewährleistet. Wir wollen die Sicherheit unserer Nachbarn nicht bedrohen. Wir unterstützen jede Abrüstungsmaßnahme, aber wir verlangen auch für uns Sicherheit, Gleichberechtigung und Freiheit.

Der Reichswehrminister kam dann auf den deutschen Reichswehrhaushalt zu sprechen. Er betonte: Die Wehrhaushalte von Frankreich und Deutschland verhalten sich wie vier zu eins. Polen opfere jährlich 500 Millionen Mark, die Tschechoslowakei 200 Millionen Mark, Belgien 160 Millionen Mark für die nationale Sicherheit. Diese vier durch Militärbündnisse verbundenen Nachbarstaaten Deutschlands geben für Rüstungszwecke also jährlich nahezu 4 Milliarden Mark, fast das Sechsfache des deutschen Wehrhaushaltes aus. Wer braucht da Sicherheit? Ich kenne die Methoden, wonach gewisse Kritiker die Höhe des deutschen Wehrhaushaltes auf das Doppelte und Dreifache des wirklichen Betrages erhöhen. Man rechnet die Kosten für die Polizei hinzu, obwohl diese unter der Kontrolle der Siegermächte so organisiert wurde, daß sie weder in der Ausbildung noch in Bewaffnung, Ausrüstung und Organisation kriegsverwendungsfähig ist.

Ich wundere mich, daß man die Kosten für das deutsche 1000-Tonnen-Panzerschiff als Verschwendung bezeichnet, während Frankreich in drei Jahren so viel Neubauten vom Stapel läßt, wie die ganze deutsche Marine an Schiffsraum umfaßt.

Alle diese Vorwürfe gegen Deutschland sind völlig unbegründet und ändern nichts an der Tatsache, daß Deutschland unter allen Großmächten absolut und relativ den weitaus niedrigsten Wehrhaushalt hat.

Fortsetzung der Handgranaten-Politik

Kein Tag ohne Terrorakte

Terrorakte in und bei Waldenburg

Waldenburg, 8. Aug. Auf das Geschäftsgebäude der sozialistischen „Bergwacht" wurde heute früh gegen 3 Uhr ein Anschlag verübt. Vier große Schaufensterscheiben wurden durch Steinwürfe und Revolverschüsse zertrümmert. In der Buchhandlung durchschlugen die Kugeln die Rahmen des Schaufensters und beschädigten die Bücherregale. — Zur gleichen Zeit wurden zwei große Schaufensterscheiben eines Kaufhauses bei Waldenburg durch Steinwürfe zertrümmert. Ferner wurden gegen 3.30 Uhr vier Revolverschüsse auf die Wohnung des sozialdemokratischen Amts- und Gemeindevorstehers in Dittersbach bei Waldenburg abgegeben. Auch hier wurden die Fenster zertrümmert. Als Täter kommen zwei bisher unbekannte Motorradfahrer in Frage.

Die Sprengstoffanschläge in Schleswig-Holstein aufgeklärt

Rendsburg, 8. Aug. Dem Vernehmen nach ist es nunmehr gelungen, die Handgranatenwürfe und Sprengstoffanschläge, die in der vergangenen Woche große Beunruhigung in ganz Schleswig-Holstein hervorriefen, aufzuklären. Bis heute früh sind sieben Personen, an deren Täterschaft kein Zweifel mehr bestehen soll, verhaftet worden. Weitere Verhaftungen sollen im Laufe des heutigen Tages erfolgen. Die Verhafteten verleugnen zum großen Teil die Taten, zum Teil gaben sie an, von niemand einen Auftrag zu den Taten erhalten zu haben. Die Verhafteten sollen sämtlich Mitglieder der SS. sein. Eine amtliche Bestätigung steht noch aus.

Revolveranschläge in Paustern (Ostpreußen)

Landsberg (Ostpr.), 9. Aug. In der Nacht vom Sonntag wurden, wie erst jetzt bekannt wird, von unbekannten Personen auf den Siedler Nehring und den Gutsbesitzer Zitzlaff in Paustern bei Landsberg Revolveranschläge verübt, die jedoch mißlangen. Beide sind führende Mitglieder der Landsberger Ortsgruppe der NSDAP. Bei Nehring begehrten die Unbekannten Einlaß. Als dieser in der Tür erschien, fielen Schüsse, die in den Türpfosten gingen. Bei Zitzlaff wurden Schüsse auf die Fenster abgegeben und andere Fenster zerschlagen. Auch wurde die Telephonleitung durchschnitten. Verletzt wurde auch hier niemand.

Handgranatenanschlag gegen die Wohnung eines kommunistischen Stadtverordneten

Gleiwitz, 8. Aug. Vor die Wohnung des kommunistischen Stadtverordneten Behr ist heute abend eine Stielhandgranate geworfen worden. Personen wurden nicht verletzt. Der Sachschaden jedoch ist erheblich. Etwa zehn